

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Sechspaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 150 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postbezeichnung Danzig 1945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 5290.

Nr. 180

Mittwoch, den 4. August 1920

11. Jahrgang

Verständigung zur „Schuld“ in Genf.

Bürgerkrieg oder Klassenkampf?

Von Dr. Werner Peiser.

Viele Vorgänge der inneren und äußeren Politik in den letzten Monaten haben eine Vermutung, die zunächst nur ganz schwach war, gestärkt und allmählich zur positiven Gewissheit gefestigt, die Vermutung nämlich, daß viele „Sozialisten“ Begriffe verwechseln, deren Kenntnis bisher zu den Elementarkenntnissen der sozialistischen Wissenschaft gehörte. Man sollte es kaum glauben, und doch wird es von Tag zu Tag klarer, daß manche, die den Sozialismus gepachtet zu haben glauben, recht wenig von sozialistischen Grundbegriffen verstehen.

Durch die sozialdemokratische Presse gingen vor kurzem Bedingungen, die die Moskauer Zentrale den Unabhängigen stellte und deren uneingeschränkte Annahme zwecks Einkleidung in die dritte Internationale gefordert wurde. Diese Bedingungen, die in zehn Punkten niedergelegt wurden, enthielten besser als lange theoretische Ausführungen die Auffassung Moskaus vom proletarischen Klassenkampf, seinem Wesen und seinem Inhalt. Im ersten Punkt wird das Wesen der Diktatur damit charakterisiert, daß sie die „Begabung der Bourgeoisie“ und Aufhebung des Wahlrechts bedeute; dem zweiten Punkt zufolge ist Diktatur gleich Anwendung von Gewalt und Terror. Der dritte Punkt, der m. E. den Schlüssel der russischen Auffassung darstellt, lautet:

Diejenigen, welche bei dem gegenwärtigen kapitalistischen Terror und dessen Grausamkeiten den Bürgerkrieg verurteilen und vor ihm zurückschrecken, sind in Wirklichkeit reaktionär geworden.

Gegner des Bürgerkrieges also — das ist der entscheidende Gedankengang — sind als reaktionär anzusehen und aus der Internationale auszuschließen. Man brauchte auf diese Auffassung, mit der die russischen Bolschewisten ziemlich allein dastehen dürften, nicht weiter einzugehen, wenn nicht auch von einem Teil der deutschen Unabhängigen, insbesondere soweit sie sich um Ledebour und Däumig scharen, die Notwendigkeit des Bürgerkrieges plötzlich entdeckt und gepredigt würde. Wie hat sich die Sozialdemokratie zu der entscheidenden Frage: „Klassenkampf oder Bürgerkrieg?“ zu stellen?

Zunächst eine Vorbemerkung. Indem hier von Klassenkampf oder Bürgerkrieg gesprochen wird, soll schon in der Ueberschrift der unüberbrückbare Gegensatz beider Begriffe zum Ausdruck gebracht werden. Klassenkampf und Bürgerkrieg sind zwei Dinge, die zwar nacheinander behandelt, durch „und“ aber nicht miteinander gleichgesetzt werden können.

Der Klassenkampf ist der Auffassung des historischen Materialismus zufolge die Erscheinung, in der sich die Geschichte der Menschheit abspielt. Marx' Wort von aller Geschichte als einer Geschichte von Klassenkämpfen ist bekannt genug, so daß es genügt, hieran an dieser Stelle zu erinnern. Der Klassenkampf ist nichts, was von Menschen gemacht wird, auch nicht von proletarischen Führern, seien sie noch so revolutionärer Gesinnung, sondern er ist nach marxistischer Auffassung eine Tendenz, die wie ein roter Faden das Weltgeschehen durchzieht. Daß Marx es stets abgelehnt hat, irgendeine näher detaillierte Schilderung des sozialistischen „Zustandsstaates“ zu geben, ist in erster Linie auf diese Auffassung vom Wesen des Klassenkampfes zurückzuführen. Wäre der Klassenkampf das, wofür unsere Bolschewisten ihn halten, nämlich ein dauerndes, meist physisches Ringen zweier oder mehrerer Klassen miteinander, das in einer Endschlacht seinen Ausgang findet — ebenso wie im Weltkrieg endlich einmal der letzte Kanonenschuß gefallen ist — so wäre es allerdings ein leichtes, ein loßendes Bild von dem zu entwerfen, was das Proletariat nach seinem Siege zu erwarten hat. So liegen jedoch die Dinge nicht. Der Kampf der Klassen ist ein Ringen, das sich auf ökonomischem, politischem, kulturellem Gebiete abspielt, das einmal durch Streiks, das andere Mal durch Schiedssprüche — gerade diesen Punkt zu beachten ist wesentlich! — kurz, durch alle möglichen Mittel der endlichen Austragung näher gerückt wird. Das Mittel des Klassenkampfes richtet sich nach dem jeweiligen Stande der ökonomischen Verhältnisse. Daß es im Kampfe der Klassen auch einmal zu blutigen Auseinandersetzungen kommen kann, ist von der marxistischen Schule niemals bestritten worden. Es muß jedoch ausdrücklich betont werden, daß auch diese Art des proletarischen Klassenkampfes nur als Mittel der Emanzipation angesehen werden darf, keineswegs aber als Klassenkampf selbst.

Anders lautet die Lehre unserer „Neu-Marxisten“. Für sie ist Bürgerkrieg ein dem Klassenkampf identischer Begriff. Wer sich die bisherigen Ausführungen über Klassenkampf zu eigen gemacht hat, für den bedarf es nicht mehr vieler Begründungen, weshalb diese Identifizierung völlig irreführend und höchst unmärzistisch ist. Was ausgesprochen ist das traurigste Erfordernis in einer Zeit, in der sich Leute als Marxisten bezeichnen, die von Marx' Geist kaum mehr als einen flüchtigen Hauch verspürt haben. Deshalb sei nur noch kurz über den Bürgerkrieg gesagt: Er ist nicht eine Erscheinung, die mit organischer Notwendigkeit aus dem Ent-

wicklungsprozeß der Gesellschaft heraus entsteht, sondern er ist das flüchtige Ergebnis einer flüchtigen Konstellation. Tiefe Erbitterung und schweres Unrecht mögen sich in ihm entladen, immer aber wird er mit dem Ringkampf zweier in einander verhassten Gegner zu vergleichen sein, der nach dem Siege des einen von beiden entschieden ist, während man auf den Klassenkampf einen solchen Vergleich nicht anwenden kann, ohne sofort sein Wesen völlig zu verdunkeln.

Die Auffassung, die kommunistische Wirkkräfte — ich bediene mich hierbei eines Wortes der unabhängigen „Freiheit“ — in Arbeiterkreisen zu verbreiten suchen, als sei die Ablehnung des Bürgerkrieges gleichbedeutend mit einem Verzicht auf den Klassenkampf, birgt ferner folgende schwere Gefahr: die Militarisierung der Arbeiterschaft nämlich, von der diese im Gegensatz zur deutschen Bourgeoisie bisher völlig frei war. Daß sich die Verhöhnung des pazifistischen Gedankens von sozialistischer Seite in der letzten Zeit ganz besonders gemehrt hat, ist nicht Zufall, sondern ein Symptom. Gewiß, mir sind keine bürgerlichen Pazifisten im Sinne der Duidde, Schüding und anderer, die es zwar gut meinen, den gesellschaftlichen Prozeß aber von einer ideologischen Warte aus anschauen, auf die ihnen zu folgen wir nicht gewillt sind. Von jeher aber war die Sozialdemokratie Trägerin des proletarischen pazifistischen Gedankens, und wir ihr den nehmen müß, der beraubt sie um eines ihrer wesentlichsten ethischen Güter. Auch aus diesem Grunde also müssen wir die gedankenlose Spielerei mit dem Bürgerkrieg ablehnen.

Der Klassenkampf ist eine Notwendigkeit, und auf die Einsicht in die ihm innewohnenden Gesetze ist das deutsche Proletariat von jeher stolz gewesen. Der Bürgerkrieg aber ist eine häßliche Erscheinung, nur insstande, die wahre Lage des Klassenkampfes zu verschleiern, indem er den, der jeweils im Besitz der meisten Maschinengewehre und Handgranaten ist, ins „Recht“ setzt. Nur wenn sich das deutsche Proletariat von diesen zwar modernen, nichtdestoweniger — oder vielmehr gerade deshalb — unmärzistischen Gedanken so schnell wie möglich und so radikal wie möglich wieder befreit, kann es sich wieder mit Recht als Träger der marxistischen Klassenkampflehre bezeichnen.

Die Internationale in Genf.

Eingung in der Schuldfrage in Genf.

Der internationale Sozialistkongreß schloß gestern vormittag seine Arbeiten fort. In der Beipruchung der von der Kommission eingebrachten Resolution über die Stellung der Internationale zum Völkerbund tabelle Troelstra (Holland) vor allem, daß Sowjetrußland vom Völkerbund ausgeschlossen sei und bekämpfte insbesondere die Bestimmung, daß nur diejenigen Nationen zugelassen werden, die ihren Versprechungen nachkommen. Dieser Passus habe sich im Jahre 1919 auf Deutschland bezogen, jetzt könne er sich nur noch auf Rußland beziehen. Stauning-Dänemark übte scharfe Kritik an dem Vertrag von Versailles und am Völkerbund. Bernstein (Deutschland) erklärte, daß der Vertrag von Versailles für Deutschland eine große Schädigung bedeute, weil die Alliierten gegen die deutsche Republik dieselbe Stellung einnehmen wie früher gegen das kaiserliche Deutschland. Die deutsche Revolution sei aber durchaus ernst zu nehmen. Durch die Revolution sei in Deutschland der politische Schwerpunkt vollständig verschoben worden. Der Vertrag von Versailles verleihe dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einen sehr schweren Schlag. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Abänderung des Versailler Vertrages und des Völkerbundes könne nur durch eine internationale Aktion der Massen erreicht werden, die allgemein den Frieden Europas sichern können. Bernstein empfahl sodann die Resolution der Kommission zur Annahme. (Beifall.)

Nachmittags tagte noch einmal die Kommission zur Untersuchung der Schuldfrage am Weltkrieg. Nach Wiederaufnahme der Völkerverhandlungen teilte der Berichterstatter Lafontaine mit, daß in der Kommission einstimmig erzielt worden sei über den Text einer von den Deutschen ausgearbeiteten Resolution über die Schuldfrage. Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfahl er, sich jeder Diskussion zu enthalten, und unter Beifall wurde hierauf die vorgelegene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen. Der Wortlaut dieser Resolution weicht insofern von dem bereits veröffentlichten Text dieser Resolution ab, als darin die Haltung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Außerdem wird im neuen Text festgestellt, daß es nicht bloß für die kaiserliche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine Abwehrkräfte gegeben habe.

Zur Verhandlung kam hierauf die von der Kommission ausgearbeitete Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerbund. Der Berichterstatter Lafontaine stellte fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus noch nicht abgeschafft ist und Anlaß zu neuen Konflikten gibt. Der Vertrag von Versailles habe in seinem ersten Teil nicht nur in sozialistischen, sondern auch in den Kreisen der Juristen und bürgerlichen Pazifisten wenig Befriedigung erzeugt. Lafontaine betonte ausdrücklich, daß

es nicht angehe, alle Lasten auf ein Volk abzuwälzen. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste zum 15. November einberufene Völkerverhandlung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen. Die Verhandlung wurde hierauf abgebrochen und auf Mittwoch vorfristig vertagt.

Genosse Stämpfer schreibt dem „Vorwärts“ aus Genf über den Standpunkt der deutschen Delegation zur „Schuldfrage“:

Der Zweck der dreimal wiederholten Kommissionsberatungen über die Schuldfrage war es, eine Anschrift für den Stein zu finden, der auf das Grab der Vergangenheit gewälzt werden soll. Eine Minderheit, in der der Franzose Rogier führend war, hielt noch immer an dem Gedanken fest, daß der langjährige Streit nicht anders abgeschlossen werden könne, als durch ein einseitiges Schuldgeständnis der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Delegation zur Schuldfrage weist nach, daß die Schuld der deutschen Sozialdemokratie, wenn von einer solchen die Rede sein sollte, nicht in ihrem Verhalten während des Krieges zu suchen sei, sondern in der nicht ausreichenden Energie ihres früheren Kampfes gegen die Reaktion. Sie weist dann freilich nach, daß diese Schuld mehr in den unglücklichen Verhältnissen selbst begründet lag, als etwa in einem Mangel ihres guten Willens, und stellt fest, daß mit der Beseitigung der deutschen Reaktion schon vor dem Kriege noch lange nicht alle Kriegursachen beseitigt gewesen wären.

Verlegung des internationalen Sekretariats nach London.

Der Hauptgegenstand der Nachmittags Sitzung bildete die Verlegung des internationalen Sekretariats von Brüssel nach London. Hunsman als Generalsekretär pflichtete dem Vorstand bei. Verhandlungen mit den der Internationale fernstehenden Gruppen seien, so betonte von der Rede (Beifall), außerordentlich wichtig; auch müßten sie so schnell wie möglich durchgeführt werden, wenn nicht die zweite Internationale auseinanderfallen sollte. Der Kampf spiele sich ab zwischen den zwei geistigen Zentren: Moskau und London. Der Vorschlag des deutschen Delegierten Wels, das Generalsekretariat nach Amsterdam zu verlegen, weil dieses der Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes sei, ließ auf dem Widerstand der belgischen Delegierten, die den deutschen Vorschlag als Spitze gegen Belgien aufstießen. Wels erklärte daraufhin, daß den deutschen Delegierten etwas Derartiges durchaus fernliege und daß sie mit einer Verlegung nach London einverstanden seien. Einstimmig wurde sodann die Verlegung des Generalsekretariats nach London beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der englischen Section, die zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen hat.

Die Waffenstillstandsverhandlungen unterbrochen.

Das Geheimnis, das seit einigen Tagen über den polnischen Waffenstillstandsverhandlungen lag, ist gelüftet. Die Verhandlungen sind unterbrochen worden, da Rußland mit den polnischen Delegierten nicht nur Waffenstillstand abschließen, sondern gleich die Grundlagen des Friedens vorbereiten will.

In dem vorliegenden Bericht der russischen Sekretärin heißt es über die Waffenstillstandsverhandlungen:

Nach Ablehnung des englischen Vermittlungsangebotes durch Rußland wurde von der polnischen Regierung am 22. Juli der Sowjetregierung vorgeschlagen, sofort einen Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die polnische Überlegung leitete am 1. August in Warschau ein und ließ den russischen Bolschewiken die Vollmacht der polnischen Herrschaft vor, die nur zur Führung von Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigt sei. Die russische Delegation erklärte, daß sie nicht nur die Grundlagen des Waffenstillstands, sondern auch die grundlegenden Friedensbedingungen zu unterzeichnen.

Der polnischen Delegation wurde vorgeschlagen, sich mit ihrer Regierung gemäß Uebereinkunft entsprechender Vollmachten in Verbindung zu setzen, damit am 4. August die Zusammenkunft der bevollmächtigten Delegation in Warschau stattfinden könnte. Die polnische Delegation erklärte, daß sie sich gezwungen sehe, nach Warschau zurückzukehren, um ihre Regierung diese Frage zur Entscheidung vorzulegen.

Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgelegt worden. Die polnischen Delegierten kehrten nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

Wetterer Vormarsch der Russen.

Unterbreiten dauert der Vormarsch der Russen an. Ueber ihre Erfolge in den letzten Tagen berichtet der russische Heeresbericht:

Im Abschnitt Gomel berichten wir: Trossen. Schwere Kämpfe zwischen unseren Truppen nach hartnäckigem Kampf den Übergang über den Niemen und letzten den Vormarsch nach Minsk fort. Nach hartnäckigem Kampf besetzten wir am 1. August Brest-Litowsk, wobei wir Gefangene und Beute machten. Am Oberlauf des Styr-Flusses finden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge statt. Wir schlugen die Polen von den Ufern am rechten Ufer des Styr-Flusses südlich der Stadt Tschortkow und drängen den Gegner nach Westen. Im Krim-Abschnitt finden gegen General Wrangel außerordentlich heftige Kämpfe zwischen dem Fluss Kosa-Kaja und Berdiansk statt.

Die Russen im Korridor?

Bei der geringen Anzahl der längst der Grenze aufgestellten polnischen Truppen und dem schnellen Vormarsch der russischen Aufklärungsschwadronen ist nach einer Meldung der „D. Z.“ vom 3. August damit zu rechnen, daß die Russen in den südlichsten Teil des polnischen Korridors in Kürze einrücken werden. Aus den Aussagen russischer Offiziere geht u. a. hervor, daß das Ziel von Sowjetrußland sei, die alte russische Grenze wiederherzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben. Ein Soldat der Roten Armee, der der sogenannten baltischen Landwehr angehört, in der baltische Barone Führerdienste tun, sagte, daß schon vor längerer Zeit ein Kommandobefehl ausgegeben wurde, wonach die Russen den Korridor ausfüllen wollen. Den Soldaten sei mitgeteilt worden, daß die Waffenstillstandsbedingungen die Forderung enthalten, daß Polen das rollende Material und den größten Teil der Artillerie abzugeben und Ersatz für alle in der Ukraine angerichteten Schäden zu geben habe.

Alle Berichte stimmen darüber überein, daß bei den Russen strengste Disziplin herrsche: auf jeden Diebstahl steht Todesstrafe. Bei gemeinsamen Requisitionen werden die dabei erkappten Soldaten zu schweren Festungsstrafen verurteilt und den Arbeitkommandos eingereiht. Die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die bei den Russen kämpfen, dürfen die Grenze überschreiten und ohne Waffen in die Heimat zurückkehren. Dagegen sollen deutsche Freiwillige von den Russen nicht angenommen werden. Die Löhnung beträgt zeitweise 60 Mark täglich.

Die Eisenbahner gegen die Entente-Truppentransporte.

Am Abendblättern wünschte eine Kommission der Eisenbahnerorganisationen vom Minister Ordner eine Stellungnahme zu den Truppentransporten durch Deutschland. Sie verlangen, daß auch das Auswärtige Amt gegen die Entente-Truppentransporte protestiere und daß die Regierung selbst unter Beihilfe der Eisenbahnervertretungen die Überwachung der Bahnstrecken übernehme. Der Minister erklärte wiederholt, daß Deutschland durch gewisse Abmachungen gebunden sei und den Transport von Truppen und Heeresmaterial der Entente nicht ohne weiteres zurückweisen könne.

Die englische Besatzung Danzigs.

Im englischen Unterhause sagte Lloyd George in Erwiderung auf eine Anfrage: In Danzig werden noch englische Truppen gehalten, um die Amtsführung des zeitweiligen Verwalters zu sichern, bis die örtliche Polizeimacht und die örtliche Verwaltung organisiert sind. In Allenstein bleiben englische Truppen solange, bis die an der Volksabstimmung beteiligten Wähler das ihnen zugewiesene Gebiet in Besitz genommen haben. Es ist zu hoffen, daß das Bataillon aus Allenstein in sehr kurzer Zeit zurückgezogen werden kann. Es ist aber unumgänglich vorauszusetzen, wann dies mit dem Danziger Bataillon der Fall sein wird. Eine Frage, ob Maßnahmen ergriffen würden, um zu verhindern, daß diese englischen Soldaten weder in örtliche Unruhen noch in die russisch-polnischen Kämpfe hineingezogen würden, bejahte Lloyd George.

Der neue Ernährungsplan für Deutschland.

Bei Besprechung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft mit den Ministern von Bayern, Württemberg und Hessen über die Ernährung herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß die Bewirtschaftung von Brotgetreide, Rind, Butter und Inlandfleisch unverändert bleibe, die Fleischbewirtschaftung einschließlich Inlandfleisch im Herbst aufgehoben, die Zuckerbewirtschaftung in ihren Grundzügen aufrechterhalten werde und die Einfuhr von nicht bewirtschafteten Nahrungsmitteln, z. B. Salzheringen, möglichst sofort freigegeben werden soll.

Neue Wahlen in Dänemark.

Bei sehr geringer Wahlbeteiligung fanden am Freitag die Wahlen der Wahlmänner zu dem Landsting statt. Nach dem Ergebnis zu urteilen wird das Landsting sich nach den endgültigen Wahlen folgendermaßen zusammensetzen: Gemäßigte Parte 23 (3 Mandate gewonnen), Sozialdemokraten 15 (unverändert), Konservative 11 (2 Mandate gewonnen), Radikale 4 (6 Mandate verloren), Erwerbspartei 1 (1 Mandat gewonnen). Das Landsting, das 72 Mitglieder zählt, davon 54 durch Wahlen und 18 vom Landsting ernannt, wird danach folgende Zusammensetzung erhalten: Gemäßigte Parte 29 (22 gewählt und 7 vom Landsting ernannt), Sozialdemokraten 19 (15 gewählt, 4), Konservative 15 (11 gewählt, 4), Radikale 7 (4 gewählt, 3), Erwerbspartei 1.

Rückgang der Unabhängigen.

Während bei der Wahl der Betriebsräte in den großen Betrieben der Arbeiter, Klein- und Mittelbetriebe, die der Arbeiterbewegung schiefen, die Unabhängigen fast überall fehlten, unterlagen sie mit allen ihren Kandidaten bei der Wahl der neuen Beamten der Arbeiterbewegung. Das bedeutet unter Berücksichtigung des Trends, den die Unabhängigen bei der Wahl ausübten, eine besonders schmerzliche Entscheidung in der großen Arbeiterbewegung. Die „Arbeit“ des Organ der Unabhängigen in 8. Arbeiterbewegung, das sie wegen der durch die Wahlen erzielten niedrigen Stimmenzahl ihr Existenz einstellen mußte.

Danzigs Wahlrecht, Todesstrafe und Waisaier.

16. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 3. August 1920.

Die Unabhängigen hatten folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der als erster Punkt zur Verhandlung kam:

Die Versammlung wolle beschließen, den Staatsrat zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, um den am 2. August auf seiner Reise zum Tagungsorte der Verfassungsgebenden Versammlung der freien Stadt Danzig von polnischen Soldaten in Dirschau verhafteten Abgeordneten Hermann Heberichs aus Kalchhof, La. Freiheit zu geben und den Abgeordneten, die auf ihrer Heimreise den polnischen Korridor passieren müssen, Dauerbeweise, die mit Dauerwism versehen sein müssen, zu verschaffen.

Abg. Schae (Unabh.): Ich bin mit dem Abg. Heberichs Montag von Marienburg nach Danzig gefahren. In Dirschau wurden wir kontrolliert und der Paß des Kollegen Heberichs für genügend befunden. Als er jedoch den Zug verließ und zum Bahnhof ging, wurde er verhaftet. Entweder ist, daß jeder Abgeordnete der Danziger Verfassungsgebenden Versammlung mit einem Dauerbeweis und einem Dauerwism versehen wird.

Präsident Prinschke verlas hierauf folgende Mitteilung des Staatsrates:

Der Herr Generalkonsul der Republik Polen hat auf meine Anfrage sich bereit erklärt, den Herren Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung, die zur Reise nach Danzig eines polnischen Visums bedürfen, auf Antrag eine Dauerbeweisung durch die hiesige polnische Poststelle ausstellen zu lassen. Ich gebe hieran ergebenst Kenntnis.

Abg. Grobelski (Polen): In Relation außerhalb der Grenzen Danzigs und Polens ist ein polnisches Visum notwendig. Dieses Visum hat der Abg. Heberichs nicht gehabt, sondern nur einen einfachen Paß, wie er zur Reise nach Polen genügt. Wahrscheinlich hat man den Abg. nach Marienwerder geschickt, damit er sich dort das Visum holt.

Abg. Nehn (Unabh.): Der Abg. Heberichs hatte einen ordnungsgemäßen Paß, der das Visum der holländischen Behörde des Abstammungsgebietes und des polnischen Konsulats trägt. Durch solche polnischen Schikanen wird das Verhältnis zwischen Danzig und Polen immer mehr verschärft. Die Polen verschärfen sich dadurch die letzten Empfindungen, die sie bei der Danziger Arbeiterkraft noch gehabt haben.

Der unabhängige Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf beriet das Haus

die Grundrechte und Grundpflichten.

In ähnlicher Forderung der Verfassungsarbeit wurden die weiteren Artikel ohne Debatte, meist unter Ablehnung sozialdemokratischer oder unabhängiger Änderungsanträge, nach den Vorschlägen angenommen.

Gleiche Rechte für Männer und Frauen.

Zu Artikel 70 beantragte die sozialdemokratische Fraktion Dr. Junt und Genossen die Rechte für Frauen und Männer auch formell völlig gleich dadurch anzuerkennen, daß im Entwurf das einschränkende Wort „grundsätzlich“ gestrichen werde. Die demokratische Abgeordnete Frau v. Morstein verteidigte den Standpunkt des Entwurfs. Er wurde, trotz deutschnationaler Eingeweihtung, auch angenommen.

Beibehaltung der Todesstrafe.

Der Berichterstatter Dr. Böning teilte mit, daß die Beibehaltung der Todesstrafe deshalb nicht in der Verfassung ausgesprochen sei, weil diese Frage im Strafrecht geregelt werden solle.

Ein sozialdemokratischer Antrag Dr. Junt und Genossen forderte die Beibehaltung der Todesstrafe.

Die Sozialdemokratie gegen die Straffung.

Abg. Dr. Böning (Soz.): Während der Beratung im Ausschuss wurde der Standpunkt eingenommen, daß die Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung hinein gehöre. Wir sind entgegengelegter Meinung. Die Abschaffung der Todesstrafe ist eine der ältesten Forderungen der Sozialdemokratie. Die Frage ist nicht nur vom Standpunkt der Strafrechtslehre aus zu betrachten. Wir wollen die Abschaffung der Todesstrafe nicht nur weil vielleicht Justizräuber vorkommen können, die nach Begleichung der Todesstrafe nicht wieder gefangen werden können. Wir sind der Meinung, daß sich niemand dazu aufwerfen darf, Richter über das Leben des anderen zu sein. Wie unendlich gering ist doch die Gefahr eines einzelnen Menschen, und wie gering auch die endgültige Unvollständigkeit eines Angeklagten von Menschen. Deshalb soll in der Verfassung drin stehen, daß kein Mensch durch Menschenmachten mit dem Tode bestraft werden soll. (Beifall links.)

Nur der Unabhängige Bleitner sprach kurz für die Zustimmung zu dem Antrag aus: So! (Beifall links.)

Dann fiel der Antrag Dr. Junt, den den bürgerlichen Abgeordneten Plamen beisteht mit der Zustimmung. (Beifall links.)

Die politische Wahlrecht in Danzig.

Zu Artikel 74 beantragte die Sozialdemokratie, daß den Angehörigen fremder Nationen als politischen und militärischen Angehörigen in Danzig das Wahlrecht eingeräumt werden solle. Ein unabhängiger Antrag forderte, wie üblich, dasselbe.

Abg. Schaefer (Soz.): Nachdem in der Kommission unser Antrag abgelehnt worden war, sehen wir uns genötigt, denselben hier im Plenum zu wiederholen. Alle freien Staaten, besonders die Schweiz und Holland, betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, den politischen und militärischen Angehörigen das Wahlrecht zu gewähren. Diese Staaten haben auch demokratische Bestimmungen in ihrer Verfassung aufgenommen. Gleiches muß auch im freien Danzig geschehen. Die politischen und militärischen Angehörigen mit dem Chren müssen im Staatsrat ein Unterkommen finden können. Die Sozialdemokraten treten am 10. noch für dies Wahlrecht ein.

Verbohrte Querköpfe.

In Marienburg-Schmerin haben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit gebracht. Aber mit Unabhängigen und Demokraten wurde unsere Fraktion eine Mehrheit zustande bringen. Die Unabhängigen, die über fünf Mandate verfügen, haben hochtrabend, wie sie nun einmal sind, diese Regierungsbildung abgelehnt. Diese Tatsache verletzt Hans Reich, der sonst sehr viel für die Unabhängigen übrig hat, in eine namenlose Wut. In der letzten Nummer der „Welt am Montag“ geht er mit ihnen ins Gericht. Er beklagt, daß nicht einmal die Rechtskommission im Reich eine Erwägung der Art: Verbohrte Querköpfe gebracht habe und bemerkt, daß die Eingetragten allein den Gefahren, die von rechts drohen, tragen kann. Dann sagt er wörtlich:

„Es muß nichts — verbohrte Querköpfe — seinen ihrem Willen nach. Die sammelnde Partei — dem Vies-

recht ein, als gerade wir in früheren Jahren hart unter Verfolgungen zu leiden hatten. Ich erinnere nur an das Sozialisten-gesetz, wo man sogar am Weihnachtsabend Familienhäuser aus ihrer Heimat vertrieb. Auch die rechtsstehenden Parteien sollten sich die Frage vorlegen, da es doch vorzuziehen ist, daß auch einer ihrer Angehörigen einmal von dem Wahlrecht Gebrauch mache. Ich erinnere nur an den deutschnationalen Felden Kapp und auch daran, daß a. B. während der großen französischen Revolution den and Frankreich geklommenen Junkern und Monarchisten in Deutschland Wahlrecht gewährt wurde. Das Ansehen unseres Freistaates würde nur gelindert werden, wenn auch wir hier den politischen und militärischen Angehörigen Wahlrecht gewähren.

Abg. Rau (Unabh.): Ich verweise darauf, daß das Wahlrecht bei der eigentlichen Begrenzung Danzigs gar nicht entbehrt werden könne. 400 politische Delegierte seien bereits jetzt in Danzig.

Der sozialdemokratische und ebenso der unabhängige Antrag wurden abgelehnt!

Ein sehr umfangreicher politischer Antrag zu Artikel 75, den niemand verlesen konnte, wurde auf Antrag Rau verlag.

Keine Gleichstellung Ehelicher und Unehelicher.

Zu Artikel 80 beantragte die Sozialdemokratische Partei und ebenso die unabhängige — daß die unehelichen Kinder den ehelichen rechtlich gleich gestellt seien.

Der Antrag fiel gegen sämtliche bürgerlichen Blockstimmen. Was die demokratische Abgeordnete Frau v. Morstein stimmte für ihn.

Die Sozialdemokratie für freies Versammlungsrecht.

Zu Artikel 82 verlangte ein sozialdemokratischer Antrag völlige Freiheit auch für öffentliche Umzüge, wie sie kirchlichen Umzügen eingeräumt werde.

Abg. Grünhagen (Soz.): Wir haben den Antrag gestellt, daß Versammlungen unter freiem Himmel nicht anmeldspflichtig sein sollen. Es wird hier eingewendet werden, daß die Behörden, die für die Sicherheit des Staates verantwortlich sind, bei derartigen Anlässen die nötige Vorkehrung treffen müssen. Die Behörden erführen von solchen Demonstrationen ohne weiteres. Im letzten Absatz heißt es aber dann, daß kirchliche Umzüge nicht anmeldpflichtig seien. Wir sehen nicht ein, weshalb man bei kirchlichen Umzügen eine Ausnahme machen will. Es handelt sich bei diesen nicht nur um Prozessionen, sondern auch um andere Umzüge, die ihren Ausgang von der Kirche nehmen, und auch einen sehr weltlichen Zweck verfolgen. Einem Ausnahmerecht zugunsten der Kirche können wir nicht zustimmen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, daß Versammlungen unter freiem Himmel ohne jede Ordnung verlaufen sind. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung können sich auch bei kirchlichen Umzügen ereignen. Wir verlangen deshalb, daß die Versammlungen unter freiem Himmel nicht anmeldpflichtig sind und daß für die Kirche keine Ausnahmehandlung zugelassen werden.

Abg. Czarnetzki (Unabh.) stimmte dem sozialdemokratischen Redner zu.

Dann wurde der Antrag vom Block abgelehnt.

Verteidigungspflicht der Verfassung.

Ein neuer Artikel 84 a, den die Deutschnationalen beantragten, fordert die Pflicht jedes Staatsbürgers, die Verfassung gegen geschwundene Angriffe zu verteidigen.

Abg. Dr. Matthaei (Deutschnall.) begründete diese Forderung damit, daß es auch im Volkstage heute geben, die die ganze Staatsgemeinschaft und die Verfassung grundsätzlich ablehnten und jedes Mittel zu ihrer Beseitigung anwenden möchten.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Der Präsident als Debattenordner.

Zu Artikel 95, der das Vermögen und das Steuerrecht der anerkannten Kirchen behandelt, äußerte sich der Präsident als Abg. Dr. Reinhardt (Deutschnall.) eingehend über die Ansprüche und die Bedeutung der Kirche. Der Redner sprach vornehm und einwandfrei und vergab auch als Debatter nichts seinem Ansehen als Präsident. Was er über die Kulturarbeit und das Gemeinschaftswirken der Kirche sagte, war sachlich bedeutsam und von geistigem Werte. Gerade darum bedauern wir, daß Dr. Reinhardt hierzu als einziger Redner sprach. Es wäre zum mindesten weniger einseitig gewesen, wenn ein Redner entgegengelegter Überzeugung seinen Standpunkt auf gleicher Höhe vertreten hätte.

Zu Artikel 96 befragte Abg. Piskner (Unabh.) religiöse Unzulässigkeit, die Mergle und Pfleger in der Heilammen-Lehranstalt gegen eine Schwangere begangen haben sollen.

Keine geistliche Danziger Waisaier.

Zu Artikel 97 beantragten die Unabhängigen die Bestimmung, daß der Sonntag und der 1. Mai gesetzliche Ruhetage sein sollen. Abg. Rau (Unabh.) empfahl den Antrag, weil der 1. Mai der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kulturarbeit und des Gemeinschaftswirkens der Kirche ist. Der Antrag wurde vom Block abgelehnt! Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung wurden auf Antrag Gehl (Soz.) zu heute verlag.

Heute folgt die Beratung eines Votumsantrages anlässlich der Demonstration und unabhängige Anträge, die Abhilfe gegen die Leistung und die hohe Besteuerung verlangen.

Die Demonstration am Donnerstag.

Auf der heutigen Tagesordnung des Volkstages steht zuerst folgender dringender Antrag der bürgerlichen Parteien Schwegmann, Autowski, Krumm, Böning zur Beratung:

Die Verfassungsgebende Versammlung wolle beschließen: den Staatsrat zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, durch die die Befriedung des Gebäudes der Verfassungsgebenden Versammlung durch Angewandte Anwendung des Gesetzes betreffend die Befriedung des Deutschen Reichstages geregelt wird.

Insler ihre Todfeinde am hellen Tage nicht sehen, so hoffen die Karren der russischen Phantome hinter ihren roten Seitenblenden her. Sie werden erst zu Verstand kommen, wenn sie den Speichen, Hölzern und Kanonen ihrer schon so froher Wälder aufgefressen sind!

Und an einer andern Stelle heißt es: „Die Wellenlinie des Volksgedächtnisses wird wieder zur Brandung hinaufführen und dann wird das Völkervolk einig sein! Aber das ist das Hundsgemeine, daß die Unvernunft vorher — jetzt! — für jene Zeit des Zusammenbruchs alle Waffen in die Hände der Feinde der Republik liefert!“

Wir haben diesem Urteil nichts hinzuzufügen. Möchten nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Arbeiterkraft baldmöglichst die Gefahr erkennt, die ihr aus der Politik der Unabhängigen erwächst, jener Politik, die gemacht wird nach dem Grundtag: Opposition auf jeden Fall!

Oberbürgermeister Sahm erklärte deshalb, man möge die Beschwerden zusammenfassen und schriftlich vorbringen. Das drückte die Mittel der von einem jungen Mädchen verlangt worden, das eine Arbeit mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand seiner Eltern abgelehnt habe.

Stadth. Frau Ding (Dem.) erklärte, daß die Arbeiter mit dem bestmöglichen Lohn nicht auskommen können. Die Hausfrauen würden damit nicht zufrieden sein.

Stadth. Rahm (Unabh.) teilte mit, daß selbst Professor Ras in einer Sitzung erklärt habe, daß die Arbeiterklasse mit dem jetzigen Lohn nicht auskommen könne. Mehrere verlangte, daß das Fürsorgeamt und das Steuerbureau mit anderen Personen besetzt werden, die auch Verstand und Gerechtigkeit hätten.

Stadth. Gen. Hergenhahn

erklärte sich mit der Ausschussberatung der Anträge einverstanden. Mehrere wünschte, daß die Statistik der Arbeitslosen spezialisiert werden möge. Weiter wünschte er eine amtliche Beschwerdestelle. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen mit Verständnis gehandhabt werden.

Die Versammlung beschloß, die Anträge des technischen Ausschusses zu überweisen.

Die erste Sitzung des Stabes der Steuerverwaltung gab unserem Gen. Grünhagen

nochmals die Gelegenheit, die Einführung der Reichseinkommensteuer für den Freistaat zu fördern. Mehrere forderte, daß die Steuerlast von denen getragen wird, die sie tragen können. Den Arbeitern werde jeder Pfennig Einkommen versteuert, während man Gendarmen mit 40-60 000 Mk. Einkommen zu dem lächerlich geringen Jahreslohn von 1800 Mk. veranlagt. Am Mittwoch werde sich der Volkstag mit den Steuerfragen beschäftigen.

Oberbürgermeister Sahm erklärte, daß der Stadtrat beschloß, im Volkstage die Einführung einer Steuerabgabe zu beantragen. Durch ihn sollen alle Steuerfragen geregelt werden.

Stadth. Rau (Unabh.) erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie den Etat ablehne. Die Vorgänge am Donnerstag seien die Folgen der verkehrten Verhältnisse der Stadtverordnetenversammlung. Arbeiterführer wären für das Leben des Oberbürgermeisters eingetretten, von den Schulden der Verhältnisse war niemand anwesend.

Stadth. Jansson (Freisinnl.) erwiderte, daß Rau schuld an den Verhältnissen sei. Mehrere wußte Augenzeugen der Vorgänge gewesen sein und best. sich für die Möglichkeit seiner Darstellung auch auf die Erklärung unseres Gen. Grünhagen in der „Volkstimme“.

Auf den Stadth. Schmidt (Unabh.) wirkte das Wort „Volkstimme“, wie das rote Tuch im Sprichwort. Schmidt nahm seinen Freund Rau selbstverständlich in Schutz und behauptete, wer will das einem Terroristen der Wahrheit verheimlichen, die „Volkstimme“ habe die Demonstration beschimpft und belächelt. Herr Schmidt mochte auch noch zu behaupten, die „Volkstimme“ belächelte die Interessen des Sozialismus! Was weiß denn ein Herr Schmidt überhaupt vom Sozialismus?

Auf eine Anfrage des Stadth. Rau (Unabh.) erklärte Oberbürgermeister Sahm, daß die Provinzialverwaltung Westpreußen sich in Revision befindet. Die drei Reichsnachbarn Deutschland, Dänzig und Polen haben die noch entstehenden Kosten zu tragen; deshalb sind im Etat 1 600 000 Mark eingebracht.

Der Etat wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und des Demokraten Ritz angenommen.

Die Beschlagnahme polnischer Kartoffeln

am Mittwoch in Peterborough veranlaßt, den Polen Beschlagnahme zu längeren Ausführungen. Er behauptete, die Kartoffeln seien nur deshalb beschlagnahmt worden, weil sie für den polnischen Konsum bestimmt waren. Es waren etwa 50 Ztr. angeblich aus Pommern.

Stadtrat Dr. Grünhagen betonte, daß die Beschlagnahme nichtsfähig sei.

Stadth. Frau Ding (Unabh.), die bei dem Vorfall eine aktive Rolle gespielt hat, erklärte, daß sich um den Kartoffelkonsum etwa 500 Menschen angestellt hätten. Die Verteilung der Kartoffeln an die Hungernden war das einzige Mittel, um die Menge zu beruhigen. Aber läge alles anders?

Stadth. Grünhagen (Freisinnl.) lobte das Verhalten der Frau Ding, weil der Unabhängigen Ratz zu der Bemerkung veranlaßt, daß die Sozialdemokraten alle „gegebene“ auch für die Diktatur zu haben wären. (Gelächter.) Frau Ding merkte, die polnische Regierung in Thorn habe den Kartoffelkonsumanten 7 Mark pro Zentner, verlangt, jedoch von Dänzig pro Zentner 33 Mark deutsche Mark! Durch Verhandlungen wurde der Preis auf 25 Mk. herabgesetzt. Durch die polnischen Nachschauen werde die Arbeiterklasse einen Schaden erleiden. Das jetzt hätten die Dänziger Arbeiter aus Schaden Fremdenhass! Kriegsmaterial und Kriegsmittel nach Polen transportiert. Damit könne aber Schluß gemacht werden. Wenn auch Schluß der Polen Nachschauen entstanden wäre, hätte man trotz fremder Belagerung aus dem Reichhofen polnische Weizen geholt. Die Dänziger Polen hätten einen Verlust.

Stadth. Grünhagen (Freisinnl.) erklärte, daß jeder Arbeiter und Arbeiter, der über die Grenze komme und arbeitsfähig ist, als ein Opfer der Dänziger Regierung betrachte. Dem polnischen Konsumanten ist weitgehendes Entgegenkommen angedeutet worden.

Gegen 7½ Uhr trat die Versammlung zu einer gekürzten Sitzung ein.

Danziger Nachrichten.

Kommunalisierung.

Nach dieser Ansicht schreibt Regierungsrat Dr. Blum-Stangard, der den württembergischen Ministerium des Innern angehört und als bekannter Gegner der Kommunalisierung bekannt ist, in seinem demnächst erscheinenden Buch, der „Schuldfrage“.

Die Kommunisierung hat in Deutschland zunächst damit begonnen, bestimmte Wirtschaftszweige, Kohle, Salz, Elektrizität, Eisenbahnen, in Gemeinbesitz zu überführen. Das wird durch seine Beherrschung des Verkehrs durch Eisenbahn, Salz und Elektrizität auf der Produktion der großen Industrie, der sich über ganz Deutschland und auf das Ausland erstreckt. Demgegenüber wird die Kommunisierung Unternehmungen aus der Privatwirtschaft in die des Gemeinbesitzes oder Gemeinvermögens überführen. Es tritt also hier an Stelle der Überführung nach Wirtschaftszweigen die Größe.

Der Gemeinbesitz kann innerhalb des Staates nur die Wirtschaftszweige der Kommunalisierung überlassen werden, die ausschließlich oder doch vorwiegend sich auf ihre Einwohner und Gemeinbewohner beziehen. Dieser Natur nach ist in gewisser Hinsicht jeder Wirtschaftszweig für eine Kommunalisierung geeignet.

und auch die für die Gemeinwirtschaft des Reiches bereits in Anspruch genommenen Wirtschaftszweige verlangen im Rahmen der Reichsgemeinwirtschaft zum Teil eine kommunale Regelung. Für die Gemeinde als Träger der Sozialisierung, also für die Kommunalisierung kommen jedoch nur die Gebiete der Produktion, des Handels, der öffentlichen Gewerbeunternehmungen und der öffentlichen Betriebe in Frage, die eine oder in leicht lösbarem Zusammenhang mit anderen Gemeinbezirken stehen. Die Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität, das Transportwesen, die Postdienste, Abfuhr und Abklee, Theater, Kino und Schaulustigkeitsunternehmungen werden vornehmlich zur Überführung in Gemeinbesitz in Betracht kommen. Weitergehend sind aber auch das Wohnungswesen, die Schankwirtschaften, die Apotheken, die Straßenreinigung und wesentliche Teile der Nahrungsmittelversorgung für die Kommunalisierung geeignet.

Dabei wird es wohl nicht jede Gemeinde auf ihre Art und ohne Zusammenhang mit anderen Gemeinden zur Verringerung der Wirtschaftskosten schreiten kann, der gesamten Staat der Staat ist bedürftig. Es ist Aufgabe des Staates, zwischen den Gemeinden und auch der Verwaltung der Selbstverwaltung vorzuzugreifen, daß vor allem dann, wenn ein Wirtschaftszweig über den Kreis der Gemeinde hinausgeht, die höheren Behörden Bedingungen für die Kommunalisierung aufstellen. Im übrigen aber soll man für die Art der Überführung und die Wege der Gemeinwirtschaft dem Einzelnen die freie Möglichkeit geben.

Der schlimmste Feind

des Volkes ist seine eigene Gleichgültigkeit. Das Fernbleiben von den Rändern der Zeit beruht auf Mangel an Pflichtgefühl und an Selbstachtung. Aufgabe der Presse ist es, beides zu schärfen. Die kapitalistische Presse ist der natürliche Feind der Volkswirtschaft. Besonders

ist die farblose Presse

ein Arbeitsfeind am Volke, weil sie ihrer ganzen Struktur nach die Interessen der breiten Volksmassen nicht wahrnehmen darf.

Den besten Freund

hat der Hand- und Kopfarbeiter in der sozialdemokratischen Zeitung. Nur sie vertritt, ohne überzähligen Giringspfeifen nachzulaufen, die Interessen der vom Kapitalismus unterdrückten Volksmassen. Nie

findet man in

unserer Zeit einen rücksichtsloseren Feind aller Unrechts. Darum muß jeder, der seine Stimme für die sozialdemokratische Partei abgegeben hat, vor allen Dingen auch Leser

der sozialdemokratischen Zeitung sein. Darum abonniert und lest die

Danziger Volksstimme

das sozialdemokratische Organ der Freistadt Danzig.

neue Formen des Betriebes gemeinsamer Unternehmungen zu schaffen. Die Überführung des Eigentums an Privatunternehmungen in das der Gemeinde oder seine Übertragung auf Dritte, der Zusammenfassung der Unternehmungen zu Syndikaten mit Vorbehalt der über ihre Geschäftsbetriebe, die Unterlegung der Fortführung oder der Gründung neuer privatrechtlicher Unternehmungen eines bestimmten Wirtschaftszweiges, die Umgestaltung sonstiger gemeinschaftlicher Verhältnisse für die Kommunalisierung kommt hier in Frage. Die äußerliche Festlegung der neuen Verhältnisse muß durch die übergeordnete Stelle erfolgen, wenn keine gemeinschaftlichen Interessen entgegenstehen. Besonders wichtig ist es, zu entscheiden, ob die Frage der Entschädigung bei Kommunalisierung. Dabei muß mit Rücksicht auf den häufig veränderlichen Wert nicht mehr das Anlagekapital eines Unternehmens als maßgebend angesehen, sondern im allgemeinen ein angemessener Ertrag zu Grunde gelegt werden. Die Entschädigung über die Entschädigung verlangt ein besonderes Verfahren, denn die bisherigen Erfahrungen mit der Festlegung von Entschädigungsbeträgen im ordentlichen Rechtsweg zeigen die Entschädigung zu einem guten Geschäft werden. Die Ermäßigung von Kasse und Schankwirtschaft genügt zur Berechnung. Es wird daher ein besonderer Rechtsweg ähnlich dem Wirtschaftsgesetz geschaffen werden müssen, um die Gemeinden vor einer zu hohen Belastung mit Entschädigungsbeträgen zu schützen.

Die Kommunalisierung muß unabhängig von theoretischen Forderungen mit Sachverständigen im Angriff genommen werden. Sie verlangt von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband mehr als Kritik an den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen: sie erfordert Kritik und Verantwortungsbewußtsein. Sie verlangt aber auch wirtschaftliche und soziale Ansehnlichkeit und schließlich eine politische Fortschritt.

Spielplätze auf dem Kummelplatz.

Ein demnächst erscheinendes Buch, das den größten Teil nicht nur die Stadt spielen, die es sich leisten können, steht man davon auf dem Kummelplatz. Einmaligkeiten, durch die auch dem kleinen Kinde ein Spiel abgehandelt wird. Denn Erwachsene auch können dem Spiel teilhaben, so sollte doch aber die Polizei mit aller Schärfe dafür sorgen, daß nicht Kindern jedem Alter der Zutritt zum Kummelplatz ist. Wie ist es denn, daß diese Erwachsenen „Scheißer“ der dem Kummelplatz verboten waren. Im öffentlichen Leben dürfen sie nicht aufhören. Man kann man aber beobachten, daß sogar die Jugend auf dem Kummelplatz mit diesem Spiel verbracht wird. In einem „Scheißer“-Unternehmen verlangt nach ein Kummelplatz aus einer Verordnung, wonach es verboten ist, wenn jemand ein solches Geschäft einrichten sollte, auf der Kummelplatz ist. Dieser Verordnung nach, müßte viel eher das öffentliche Leben solcher „Scheißer“-Unternehmen bestraft werden.

Aus Pommern.

Die Stimmung in Pommern. Das „Berliner Tageblatt“ meldet am 31. Juli aus Schneidemühl: Die drückende Lage der pommerschen Wirtschaft frucht hat in den letzten beiden Jahren eine schreckliche Notwendigkeit her-

vorgerufen, die sich in der Verhängung des Standrechts und Ausschreitungen gegen Deutsche und besonders gegen Juden äußert. Zum Beispiel in Culmburg und Thorn. Grundlose Verhaftungen sind an der Tagesordnung, so wurde das Personal der Deutschen Vereinigung in Thorn festgenommen und erst nach drei Tagen wieder freigelassen. Da auch nicht das geringste belastende Material gefunden wurde. Daß unter diesen Umständen der Gedanke „Kos von Danzig“ immer mehr Anhänger findet, ist nicht verwunderlich; selbst den einheimischen Polen ist die Verfolgung der Landfremden ziemlich gewöhnlich geworden. Man hofft, daß die russische Sozialrepublik beim Friedensschluß mit Polen mit Bezug auf das Abstammungsrecht in West- und Ostpreußen eine nachträgliche Abstammung auch für Pommern und Polen fordern wird. Deutsche, Dänziger und pommersche Kommunisten sollen ein bestmögliches Verlangen an die Russen bereits gestellt haben.

Bewerkstelligliches.

Bauarbeiterausperrung in Holland.

In Holland sind viele tausend Bauarbeiter ausgesperrt. 1. weil die Stakkaturen in Haag seit drei Monaten um eine Lohnerhöhung streiken und 2. weil der Allgemeine Holländische Bauarbeiterverband sich weigert, einen Lohn- und Arbeitsvertrag anzuerkennen und zu unterzeichnen, den die christlichen und die katholischen Bauarbeiterverbände mit dem Unternehmerverband abgeschlossen haben. Die Maßnahme der holländischen Bauunternehmer ist eine brutale Machtdemonstration, die sich gegen die freigeigenschaftlich organisierte Bauarbeiterklasse richtet; unter Bruchverbot soll gezwungen werden, dem Stakkaturenverband in den Rücken zu fallen. In Holland haben die Stakkaturen noch eine selbständige Organisation, gehören also dem Allgemeinen Bauarbeiterverband nicht an. Die Stakkaturenmeister vermögen es nicht, die streikenden Stakkaturen auf die Knie zu zwingen; nun verlangen die Unternehmer, daß die eigenen Klassenkassen, die Bauarbeiter, den Bruch des Stakkaturenstreiks herbeiführen sollen.

So unverkennbar wie dieses Verlangen, ist auch das andere. Die christlichen und katholischen Bauarbeiterverbände schließen mit dem Bauunternehmerverband einen Tarifvertrag ab, der der Wirtschaftslage der Bauarbeiter absolut nicht Rechnung trägt und den Interessen der freigeigenschaftlich organisierten Bauarbeiter entgegensteht. Durch die Aussperrung sollen die Bauarbeiter gezwungen werden, durch Unterschrift anzuerkennen, daß sie freiwillig hungern und rechtlos sein wollen.

Die holländischen Kameraden rufen unsere Hilfe an. Wir sollen dafür sorgen, daß es den Unternehmern nicht gelingt, in andern Ländern Streikbrecher zu finden. Mit allerlei Versprechungen, besonders mit dem Hinweis auf hohe Löhne, werden sie in andern Ländern mit niedriger Löhne auf den Streikbrecherfang gehen. Von der Aussperrung sind betroffen Stakkaturen, Zimmerer, Erdbauer, Maurer, Bauhilfsarbeiter, Steinmetzen und Metallarbeiter. Bauarbeiter aller Länder, halt Solidariät! Galtet den Zug von Bauarbeitern nach Holland fern!

Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationale.

Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

Soziales.

Bedürftige mütterliche Stillfähigkeit.

In welcher schrecklichen Weise Mütter und Säuglinge zu den Leidtragenden des Krieges gehören, weist Dr. Momm in einem Aufsatz der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ nach, in dem er die durch die Hungerblockade herabgesetzte Stillfähigkeit der deutschen Frauen behandelt. Mit der zunehmenden Wirkung der völligen Abschneidung Deutschlands vom Weltmarkt konnte man beobachten, wie sich die Neugeborenen und Säuglinge immer schlechter entwickelten. Untersuchungen der Muttermilch ergaben aber, daß die Zusammensetzung der Milch durch die Kriegseinflüsse keine Veränderung erfahren hat. Es lag daher nahe, anzunehmen, daß die Menge der Muttermilch herabgesetzt worden war. Dies ist nun durch Berechnungen an der Freiburger Frauenklinik erwiesen worden. Es wurde festgestellt, wieviel Mütter in den Jahren 1918 bis 1920 stillen konnten, während der ersten zehn Tage nach der Niederkunft so viel Milch zu liefern, daß ihre Kinder sich normal entwickelten. Das Ergebnis war, daß mit dem 4. Quartal 1915, also zu Beginn des zweiten Kriegswinters, in dem die Ernährungsverhältnisse in Deutschland sich zu verschlechtern angingen, die Zahl der Mütter, die genügend Milch hatten, um ihre Kinder vollständig zu stillen, abnimmt. Eine weitere Verschlechterung tritt dann in dem verhängnisvollen „Kohlrabenwinter“ von 1916/17 ein. Dann hebt sich die Kurve in den Sommermonaten 1917 wieder etwas, 1918 aber erheblich im Winter 1917 zu 1918 und erreicht ihren tiefsten Stand im Winter 1918/19. Eine auffallende Besserung der Stillfähigkeit setzt dann zu Beginn des Winters 1919 ein. Man macht sich die größere Einfuhr von Lebensmitteln bemerkbar, die auch den Kinderbewohnern gestattet, sich eine bessere Ernährung zu beschaffen. Diese hoch erfreuliche Besserung hat dann aufgehoben und sogar noch Fortschritte gemacht, so daß im 1. Quartal 1920 die Friedensverhältnisse wieder erreicht wurden. Von 809 Frauen stillten in diesem Quartal 295, das sind 36 Prozent. Es ist also dadurch bewiesen, daß sich die traurigen Prophezeiungen auf englischem Grunde über die Wirkungen der Hungerblockade für die deutsche Volkskraft bewahrheitet haben. Wenn der englische Journalist H. E. Wille schrieb, daß die britische Blockade die Unterernährung der Kinder bereits im Mutterleib erzwingt, und der englische Arzt Salomon erklärte, Jährtausenden von noch ungeborenen Deutschen sei ein Leben körperlicher Minderwertigkeit vorbestimmt, so haben sie leider recht behalten.

Aus aller Welt.

Während des Bodens ausgeplündert.

Von einem armen Mädchen ist in Westerland ein Ehepaar Sangerfeld betroffen worden. Das Ehepaar lebte an einer einsamen Stelle und hatte seine Kleidungsstücke zusammengepackt und mit allen Wertgegenständen in einer Kiste verpackt. Als die Bodenden sich nach einiger Zeit wieder aufließen wollten, war ihre Garderobe geklaut worden. Es fielen dem Ehepaar außer allen Kleidungsstücken zwei goldene Uhren, Brillenringe, ein Portemonnaie mit namhaften Inhalt und einige Ausweisstücke in die Hände. Die Betroffenen begiffen ihren Verlust auf etwa 30 000 Mark. Es blieb dem Ehepaar nichts anderes übrig, als in Bodenden gehüllt, das Polizeiamt aufzusuchen und den Diebstahl zu melden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil: Emil und die Unterhaltungsabteilung: Ernst Brandt, für die Anzeigen: Bruno Gertel, Druck: in Danzig, Druck und Verlag v. Neff's. G., Danzig.

Die Reinigung des Heine-Denkmal.

Das von antisemitisch-antidemokratischer Hand behaltene Denkmal Heinrich Heine, um dessen Reinigung sich kein Mensch gekümmert hat, ist in den letzten Nächten des Jahres auf geringe Höhe gereinigt worden. Arbeiterjugend hat das freischließende Gitter, das die Statue vor, erzählt im „Hamburger Echo“:

„Ist das da?“

„Ja, ein Gitter. Büsten, Pappeln, Birn und Petroleum!“

„Na, denn man los!“

In der Spitzer Straße war das geschäftliche Leben nicht gestört und man flutete der gewaltige Pustelblase der Großstadt, dem Heine so sehr verwachsen ist. —

„Also, Hans, Du gehst zu los um hast ein Zimmer voll Wasser!“ und Hans ging und holte vom Hauptbahnhof Wasser.

„So, müßt man erst mit Petroleum ansetzen“, und Ferdinand nahm einen Lappen, befeucht ihn mit Petroleum, und dann „Suppl“, hinauf und Heinrich Heine damit ins Gesicht. Wenig höflich, aber alles aus Liebe.

„Ach... was machen Sie da?“ quälten aufeinander ein paar aufgeregte Vierstündler aus dem Vorbau der Hotelp. Wo wir ihnen unter den Augen saßen, waren sie bestürzt und ihr: „Eine gute Tat!“ verrückte im Lachen umhau.

Wir wurden mehr. Heine und Emil kamen. Huch, noch einer hinauf. Und immer mit Petroleum. — Der alte Spötter glänzte im Laternenlicht Hauswarte kamen.

„Was ist denn hier los?“ „Geben Sie man ja nicht mit Säure dabe!“ und „Terpentin wäre besser als Petroleum!“ — Es entspann sich eine technische Debatte über Reinigen.

„Gew mi mol ein bisschen Bim her!“ rief Ferdinand, und dann wurde zum Petroleum noch Bim getan, damit es besser

schaffe. Allmählich kam schon ein blaßes Beugten durch, so daß wir wußten, es regnete.

Beute kamen. —

„D, Sie tun eine gute Tat! Sie haben meinen besten Dank!“ Es war ein sehr feiner junger Mann, ich glaube aber kaum, daß er meine petroleumstinkende Hand aus Dankbarkeit geschüttelt, viel weniger, selbst mit Hand angelegt hätte.

Überhaupt, das öffentliche Gemüthen war auf einmal sehr rege.

„Eine Schweinezeit, so etwas zu tun.“

„So eine Gemeinheit!“

Zwei alte Leute kamen. „Ja, das freut mich“, sagte die Frau, und der Mann sagte: „Ich will auf diese Dog oot mit der Lecker her um ein abkosten!“ und dann erzählten uns die Leute, daß Heine früher jeden Morgen einen Blumenstrauß in dem, ach, jetzt so schwarzen Schok, hatte, und von allerhand Liebe, die ihm zugekommen war.

„Und immer besser bi mit Bim un Petroleum!“

„Heller und heller wurde das Gesicht.“

Hüter der Ordnung kamen.

„Was machen Sie da! Haben Sie ein Mandat? Wer sind Sie und woher kommen Sie?“ Nachdem sie die Heberzeugung gewonnen hatten, daß wir dem Heine nur aus Liebe mit Bim und Petroleum zu Reibe gingen, sind sie fortgegangen — vielleicht um eine dienstliche Meldung zu machen!

Es wurde spät. Anna und Kläre waren noch weg, um noch irgend einen Blumenschmuck für Heine zu beschaffen. Einen Blätterkranz hat er bekommen. Rhododendron, Blätter und eine Proletariatsrose (Geranium) — sie sind vom Schillerdenkmal — haben wir ihm um die Stirn gelegt, langen ein Vieh und sind heimgegangen.

Und nun, verehrtes Publikum, jetzt ist der Heinrich Heine Ihrem Schutze anempfohlen! —

Arbeiter als Erfinder.

Mit der Förderung des Erfindertums unter der Arbeiterklasse beschäftigt sich ein Vortrag des Mannheimer Arbeitervereins. Nach den Erfahrungen, die hier zur Sprache kamen, ist der Arbeiter als Erfinder sehr geeignet, Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Erzeugung zu machen, als Beamte und Angestellte. Geringe Firmen haben nun in den Werkstätten Vorschläge aufgestellt, in denen die Arbeiter Verbesserungsvorschläge für den Betrieb niederlegen können. Bei Annahme solcher Vorschläge durch die Verwaltung werden dem Erfinder Geldprämien gezahlt. Der Erfolg dieser Maßnahmen war jedoch recht gering. Um den Arbeiter als Erfinder zur richtigen Zusammenarbeit mit dem Werk zu verbinden, macht die Verwaltung den Vorschlag, daß die von dem Arbeiter angegebene Erfindung, wenn sie brauchbar ist, zunächst als provisorisches Patent unter dem Namen der Firma und des Arbeiters angemeldet wird. Die Patentkosten trägt die Firma. Bewährt sich die Erfindung im eigenen Betriebe, so erhält der Arbeiter zunächst eine Geldprämie. Findet das Patent im eigenen Betriebe keine Verwendung, so wird es verkauft und der Erlös zwischen Firma und Arbeiter geteilt. Beim Erlöschen des provisorischen Patentes wird das Patent auf Kosten der Firma sicher gestellt, wenn es nicht wertvoll genug ist, aufgegeben. Dabei kann der Arbeiter aber das Patent natürlich auf eigene Kosten aufrecht erhalten. Sind die Verbesserungsvorschläge nicht patentfähig, so soll der Arbeiter trotzdem entsprechend entschädigt werden, falls seine Erfindung wertvoll ist. Jedenfalls können durch ein geistiges Mitwirken der Arbeiter an dem ganzen Betrieb große Ersparnisse erzielt werden.

Es kommt aber noch darauf an, die alte Auffassung der Unternehmer zu überwinden, als habe der Arbeiter sich mit dem Lohnvertrag in ein Hörigenverhältnis begeben, durch das seine Arbeitskraft bis zur letzten Regung dem Unternehmer überantwortet worden ist, wie das in der frühkapitalistischen Zeit allerdings der Fall war.

Deutscher Transportarb.-Verband Ortsverwaltung Danzig.

Nachruf!

Am Donnerstag, den 29. Juli 1920
gelegentlich der Steuerm demonstration
der Danziger Arbeiterschaft fiel unser
Kollege

der Hafenarbeiter

Karl Thoms

einer verirrten Kugel zum Opfer.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 4. August 1920, nachmittags
5 Uhr vom Trauerhause Sasse-
straße 25 aus statt.

Wir ersuchen unsere Verbands-
mitglieder vollständig sich an der
Beerdigung dieses auf so tragische
Weise ums Leben gekommenen
Kollegen zu beteiligen.

Die Ortsverwaltung.

L.A.: E. Werner. (1920)

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bismann.
Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstadt.
Heute Mittwoch, den 4. August
abends 7 1/2 Uhr

„Die Csardasfürstin“

Operette in 3 Akten.

Donnerstag, den 4. August

„Die Fledermaus“.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr
bei Kodim, Langermarkt 23 und von
10—5 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonntags v. 9—2 an d. Theaterkasse.

In Vorbereitung:

„Die Schönste von Allen“.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Zoppoter Stadttheater.

Mittwoch, den 4. August: **Geschlossen.**
Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr:
Ehrenabend für Frä. Gretel Finkler:

„Miss Dudelsack“

Operette in 3 Akten von Rudolf Nelson (1924)

K.K. Brett's

Grosse
Allee 10

Die große Attraktion:

Blitzlichter Petermann Ein
Original
u. weitere Kräfte, jede Nummer eine Klasse für sich!

Institut für Zahnleidende

Erich Mewald & Dr. med. Reinberger
Spezialist für Zahn- | Spezialist für Zahn- u.
erkrankungen. | Mundkrankheiten.
Pfeifferstraße 711. | Telefon 2621.
Sprechzeit v. 8—7 Uhr, Sonntags v. 9—12 Uhr.

Zahnarzt in 1a Kautschuk und Gold in höchster
technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der
bekannt mäßigen Kostenberechnung.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei
Bestellung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.

Spezialität: (209)
Pavement-Reparatur-Gebäude (D.R.F. 200663) planlos.
Behandlung v. Auswüchsen mögl. in einem Tage.

Günstigste Fahrgelegenheit nach Deutschland

mit dem Lloyd-Dampfer Größt

Jeden Montag und Donnerstag
ab Danzig (Brabank) 8 Uhr vormittags
ab Zoppot (Seestadt) 9 Uhr vormittags

In Swinemünde unmittelbar Zugantrieb nach Berlin, Seestädter
Bahnhof — Ankunft dort Dienstags und Freitags 8 Uhr vormittags.
Fahrpreise: ab Danzig oder Zoppot nach Swinemünde 80.— Mk.
für die einfache Fahrt, 120.— Mk. für Hin- u. Rückfahrt (5 Tage gültig).
Kabinenplatzkarten, Liegestuhlkarten und Fahrkarten in der

Danzig, Grönes Tor **BALTROPA** Zoppot,
Nordstraße.
Internationales Reise- und Verkehrs-Büro.

Kaiser-Café

Telephon 3380. Passage. Inh. Heinr. Giesfow.

Gänzlich renoviert!

Vorzügliche Ventilation!

4 Weinreiß-Billards

mit Patent-Brounswig-Banden

vollständig neu hergerichtet!

Die gelesensten in- u. ausländischen
Zeitung, Journale u. Fachblätter.

Konditorei.

Hervorragende Küche.

(1922)

Filz- Hüte Velour-

für Damen und Herren

werden ausschließlich in unserer hiesigen Fabrik nach
neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung

umgepresst,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhutfabrik

Hut-Basar zum Strauß

Annahmestelle
an der Landungsbrücke Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (6307)

Lavarel Shampoo

(1879)

stark schäumend

überall erhältlich

Einführungspreis 1.— M. pro Paket.

Geschlechtsleiden!

veralt. u. chronischer Weißfluß, Pollutionen, Mannes-
schwäche landen nachweislich dauernde Heilung ohne
Quecks., ohne Einspritz., ohne Berufsstörung
durch unschädliche Kräuterkuren.

Aufklar. Brosch. nach Dr. med. Hermann mit vielen
Dankschr. versendet diskret geg. Eins. v. Mark 1.—,
C. K. Timm, Hannover, Plätzstr. 6. (1328)

Wohlbefinden und Genuß

der rein gekauten Schnupftabak
aus der Schnupftabakfabrik
Julius Gosda, Danzig, Fernsprecher 2428.
Ecke Hahnenstraße 5 und 2. Prießbergstraße 5.
Reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer. (787)

Stubbenholz,

zerkleinert, empfiehlt in jeder Menge frei Haus
**Gemeinnützige Arbeits- und Kredit-
genossenschaft,**
Danzig, Wilhelmstr. 11/2. Tel. 384.

Nähmaschinen-

reparaturen rasch u. billig
Berufsm. & Comp.
Langgasse 30. (1749)

Spiralbohrer

aus Kupfer u. Stahlgew.
Kauf (1900)
A. Schödel, Jakobstraße 21
Nähe Germania-Brotfabrik.

Raum zur Tapezier-

werkstatt
zu mieten gef., mögl. Nähe
Bahnhof. Angeb. u.
3.48 a. d. Gabelstr. 2. Bl. f.

Berlangen Sie die

„Volksstimme“
in den Gaststätten!

Expeditionen

Danziger Volksstimme

sind eingerichtet:

Danzig, Am Spandhaus 6,
Paradiesgasse 32.
Odra, Rigarrengeheißt Mische an der Of-
f. 1. Ecke Hauptstraße.
Schiffb., Rudolf Ehlers, Bier- und Selter-
verlag, Kornhäuser Str. 48.
Langfuhr, Krüger, Marienstraße 28, Garten-
haus II.
Fisch, Hauptstraße 66, Keller
Neufahrwasser, W. Walter, Salpeterstraße 41 a.
Heubude, H. Lehmann, Welferstraße 3.

Beschwerden über unzufriedenheit oder unregelmäßige Zustellung sind in den Expeditionen oder bei nachstehender Zeitungskommissionen mitzubringen:

Mischke, Spandhausgasse 4.
Bauer, Samtgasse 12 a.
König, Hohe Seigen 11.
Wack, Wallgasse 17.
Perthes, Büttelgasse 45.
Leonhardt, Langgasse 97, Gartenh., pt.
Joh. Oberstraße 90.
Krause, Karl-Liebknecht-Straße 38.
Erdmann, Weinbergstr. 11 b.
Schödel, Hinterstr. 39.
Wigand, Herthastraße 11.
Kornasch, Bohlenstraße 4.
Fischer, Reptanweg 4.